



Presseschau vom 12.06.2019

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news*, *lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir*, *UNIAN*, *Ukrinform*, *KorrespondentT* und die Online-Zeitung *Timer aus Odessa* ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (*dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dan-news*, *lug-info*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (*BigMir*, *Ukrinform*, *UNIAN*, *KorrespondentT* und *Timer*) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

abends/nachts:

de.sputniknews.com: **Macron warnt vor neuem Krieg**

Frankreichs Präsident Emmanuel Macron hat vor einem Abgleiten in einen neuen Krieg gewarnt. Ihm zufolge befindet sich die Welt bereits jetzt am Rande neuer Konflikte.

„Ich glaube, dass wir am Rande einer neuen Zeit des Krieges sind, wenn wir uns nicht kümmern“, erklärte er am Dienstag in seiner Rede zum hundertjährigen Bestehen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) in Genf.

Dieser Krieg sei bereits jetzt „präsent in unseren Demokratien“. Man stehe jetzt vor der Entscheidung, Schlafwandler zu sein oder aber im Namen des wahren Fortschrittes „einige ernsthafte Verpflichtungen“ einzugehen.

Vor allem die steigende Ungleichheit würde den Autoritarismus fördern, so Macron. Die Wähler hätten das Gefühl, die Demokratie schütze sie nicht vor der Ungleichheit, die ein „verrückt gewordener Kapitalismus“ verursacht habe.

Darum seien sie dafür, Grenzen zu schließen, Mauern zu bauen und sich vom Multilateralismus abzuwenden.

Als Reaktion darauf forderte Macron einen universellen sozialen Schutz und eine Entschädigung für Menschen, deren Existenz durch technologische und ökologische Veränderungen bedroht werde.

„Ich denke, das Chaos ist da. Und ich denke, es liegt in der Verantwortung unserer Generation, nicht auf einen neuen Krieg zu warten, sondern die Welt so zu betrachten, wie sie ist.“

Dan-news.info: „Reparaturbrigaden des republikanischen Unternehmens „Regionale Energieversorgungsgesellschaft“ haben die Folgen des Beschusses der Kiewer Truppen auf Hochspannungsleitungen beseitigt und um 16:14 Uhr hatte Golmowskij, dessen Stromversorgung bereits am 7. Juni unterbrochen worden war, wieder Strom“, teilte das Kohle- und Energieministerium der DVR mit.

Die Stromversorgung konnte nicht früher wieder in Betriebe genommen werden, da Kiew sich weigerte, in dem Gebiet ein Regime der Ruhe zu vereinbaren.

de.sputniknews.com: **Schwedens Außenministerin vergleicht Beziehungen zu Russland mit dramatischem Tanz**

Schwedens Außenministerin Margot Wallström hat die Beziehungen ihres Landes zu Russland mit einem dramatischen Tanz verglichen. „Denn das Königreich unterstützt die gegen Russland verhängten Sanktionen, will aber zugleich gegenseitige Kontakte aufbauen“, sagte die Ministerin nach Angaben des russischen Fernsehsenders RT.

„Die bilateralen Beziehungen sind wie ein Tango: Ein Schritt nach vorn, zwei oder drei zur Seite (...). Sie (die Schritte) sind manchmal etwas unberechenbar, deshalb ist unser Tanz dramatisch.“

Wallström zufolge ist Schweden sowohl an politischen Kontakten zu Russland als auch an der Aufrechterhaltung der Beziehungen von Bürgern beider Länder in Forschung und Kultur interessiert.

„Wir brauchen menschliche Kontakte, um nicht über Länder, sondern mit Ländern, Regierungen und führenden Repräsentanten zu sprechen.“

Dabei erinnerte die Ministerin an diverse Formate der Kontakte beider Länder, darunter in der Ostsee und in der Arktis.

Zuvor hatte Russlands Präsident Wladimir Putin die internationale Gemeinschaft aufgerufen, nach einer Alternative zu Konfrontation und Sanktionen zu suchen.



<https://cdn2.img.sputniknews.com/images/31793/32/317933239.jpg>

vormittags:

de.sputniknews.com: **TV: Radare der syrischen Armee nach Raketenangriff lahmgelegt**
Israel soll in der Nacht zum Mittwoch Syrien erneut mit Raketen angegriffen und dabei noch syrische Radare blockiert haben. Nach Informationen des syrischen Staatsfernsehens konnte die Luftabwehr des Landes einige der Raketen abfangen.

Ziel des Angriffs sei die Region Tall al-Hara in der südwestlichen Provinz Daraa (unweit der Golanhöhen – Red.) gewesen, meldet der TV-Sender Ikhbariya. Menschen seien nicht verletzt

worden. Es sei allerdings einiger Sachschaden entstanden.

Nach Angaben des staatlichen Senders Syria TV setzte das israelische Militär nach der Raketenattacke noch Störsender ein und legte syrische Radare lahm.

Die israelische Seite hält sich vorerst mit Kommentaren zurück. Zuletzt hatte Israel Anfang Juni Raketen auf syrisches Gebiet abgefeuert. Nach Darstellung der israelischen Armee wurde damit auf einen Beschuss aus Syrien reagiert.



<https://cdnde2.img.sputniknews.com/images/30667/70/306677001.jpg>

lug-info.com: In den letzten 24 Stunden haben die Kiewer Truppen dreimal das „Regime der Ruhe“ im Verantwortungsbereich der LVR verletzt. Dies teilte die Vertretung der LVR im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination des Regimes der Feueereinstellung (GZKK) mit.

Beschossen wurden die Gebiete von **Kalinowo, Prischib** und die **Umgebung des Denkmals für den Fürsten Igor** bei Staniza Luganskaja.

Geschossen wurde mit Granatwerfer und und Schusswaffen, darunter großkalibrigen.

de.sputniknews.com: **Kauf von F-35-Kampffjets: USA prüfen Polens Anfrage**

Die USA arbeiten derzeit an der polnische Kaufanfrage von F-35-Kampffjets. Dies teilte ein hochrangiger Beamter des Weißen Hauses in einem telefonischen Briefing für Journalisten mit.

„Sie (Polen) haben bereits eine Anfrage für die F-35 entworfen und wir arbeiten an Formalitäten mit unserem Militär, um ihnen einen ersten Vorschlag zu schicken“, sagte die Quelle.

Zuvor war bekannt geworden, dass die polnischen Behörden den Ankauf von amerikanischen F-35 vorantreiben wollen, sollte die USA die Lieferung in die Türkei stornieren. Im März unterzeichnete der polnische Verteidigungsminister einen technischen Modernisierungsplan für die Streitkräfte des Landes bis 2026. Im Rahmen dieses Programms plant Polen, 32 Mehrzweckflugzeuge der fünften Generation bis 2026 zu kaufen. Es handelt sich dabei um die amerikanischen Kampffjets vom Typ F-35 – sie sollen die sowjetischen Flugzeuge Su-22 und MiG-29 ersetzen.

Dnr-sckk.ru: **Täglicher Bericht über Verletzungen des Regimes der Feueereinstellung für den Zeitraum vom 11. Juni 3:00 Uhr bis 12. Juni 3:00 Uhr**

Die Vertretung der Donezker Volksrepublik im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination teilt mit: In den letzten 24 Stunden betrug die Zahl der Verletzungen des Regimes der Feueereinstellung von Seiten der bewaffneten Formationen der Ukraine 12. Das Territorium der DVR wurde in Verletzung der Minsker Vereinbarungen sowie der

Vereinbarungen über einen Waffenstillstand mit folgenden Waffen beschossen ... (es folgt eine genaue Auflistung der Waffensysteme und Geschosse; Anm. d. Übers.).

In der Beschusszone von Seiten der BFU befanden sich die folgenden Bezirke/Ortschaften: **Gorlowka (Siedlung des Isotow-Bergwerks), Dolomitnoje, Sajzewo, Wasiljewka, Mineralnoje, Jasinowataja, Spartak, Sachanka.**

Opfer unter der Zivilbevölkerung oder Schäden an ziviler Infrastruktur wurden bisher nicht festgestellt.

Die Gesamtzahl der von den ukrainischen bewaffneten Formationen abgefeuerten Geschosse betrug 367.

Wir erinnern daran, dass die Zahl der Geschosse mit einem Kaliber bis 12,7 mm nicht in die Gesamtstatistik im täglichen Bericht eingeht.

In den vorangegangenen 24 Stunden betrug die Zahl der auf das Territorium der DVR abgefeuerten Geschosse 220.

Ab 01:01 Uhr am 8. März 2019 trat gemäß einer von der Minsker Kontaktgruppe erreichten Vereinbarung eine erneuerte Verpflichtung zur Einhaltung eines allumfassenden, nachhaltigen und unbefristeten Regimes der Feueinstellung, der „Frühlings“-waffenstillstand in Kraft.

de.sputniknews.com: **Android-Alternative: Steigt Huawei auf russisches Betriebssystem um?**

Der chinesische Telekom-Riese Huawei will wohl auf die Software-Plattform Android für seine Geräte verzichten und auf ein russisches Betriebssystem umsteigen. Konkret geht es um die Plattform „Aurora“ des Telekommunikationskonzerns Rostelecom – dem ist von der Initiative aktuell jedoch nichts bekannt.

Am Montag hat das Nachrichtenportal „The Bell“ mit Hinweis auf eigene Quellen berichtet, dass der russische Minister für Kommunikation und Massenmedien Konstantin Noskow und der stellvertretende Vorstandsvorsitzende von Huawei, Guo Ping, am Rande des St. Petersburger Wirtschaftsforums den möglichen Übergang des chinesischen Herstellers auf das russische Betriebssystem besprochen haben.

Laut dem Portal werden Geräte mit der installierten Aurora-Software bereits getestet. Noskow und Ping sollen auch die Lokalisierung der Produktion einiger Huawei-Geräte in Russland besprochen haben. Es ging angeblich um eine mögliche gemeinsame Produktion von Chipkarten und einer Software.

„Wir haben von solchen Plänen nichts gehört, würden uns aber über die Kooperation freuen“, teilte die Pressestelle von Rostelecom mit.

Die Software-Plattform Aurora wurde auf der Grundlage des finnischen Systems Sailfish entwickelt und basiert auf dem Linux-Kernel.

Das russische Ministerium für Kommunikation arbeitet derzeit an der Etablierung russischer Produkte auf den Auslandsmärkten.

nachmittags:

dnr-online.ru: „Gestern, nachdem wir Sicherheitsgarantien erhalten hatten, haben die Spezialisten mit Wiederaufbauarbeiten in der „Grauen Zone“ begonnen. Reparaturarbeiten an Stromleitungen wurden von Energietechnikern erledigt, die Wasserversorgung wurde von Spezialisten des kommunalen Unternehmens Woda Donbass durchgeführt. Gestern tagsüber wurde die Kläranlage von Golmowskij wieder in Betrieb genommen“, teilte der stellvertretende Minister für Bauwesen und Kommunalwirtschaft Witalij Kishajew mit.

de.sputniknews.com: **Amtsantritt: Wohin führt Kasachstans neuer Präsident den Rohstoff-Riesen?**

Der Gewinner der kasachischen Präsidentschaftswahlen, Kassym-Schomart Tokajew, hat am

Mittwoch, zwei Tage nach dem Sieg, seinen Eid abgelegt. In seiner Ansprache kündigte er Reformen an – von Maßnahmen zur Korruptionsbekämpfung bis zur Steigerung des Wohlstandes der Bevölkerung.

„Kasachstan hat großes Ansehen in der Welt gewonnen, sich als ein friedliches, offenes Land und zuverlässiger und verantwortungsvoller Partner in internationalen Angelegenheiten etabliert“, sagte Tokajew während der Zeremonie des Amtsantritts.

Er versprach, den „konstruktiven, ausgeglichenen jahrzehntelangen außenpolitischen Kurs“ seines Vorgängers fortzusetzen. Dafür seien aber „neue Herangehen und Entscheidungen“ erforderlich, die bald veröffentlicht werden sollen.

In seiner Arbeit werde sich Tokajew nicht nur auf die allgemeinen Wirtschaftszahlen, sondern auch auf „den tatsächlichen Wohlstand der Bürger“ konzentrieren. Der neue Präsident will besonders strikt gegen die Korruption vorgehen. Bis zum 1. September soll dafür ein Reformpaket vorbereitet werden.

Die Lösung sozialer Fragen und die Unterstützung des Unternehmertums sollen ebenfalls nicht kurz kommen. „Ich werde die einheimischen Unternehmer unterstützen, Investitionen anlocken und schützen, (...) und die Mittelschicht fördern“, versprach Tokajew. „Mein Ziel ist die Einheit der Gesellschaft zu sichern und die Rechte jedes Bürgers zu wahren“.

Die sechsten Präsidentenwahlen fanden in der Ex-Sowjetrepublik Kasachstan am 9. Juni statt, nachdem der bisherige Präsident, der 79-jährige Nursultan Nasarbajew, nach gut 30 Jahren an der Macht überraschend zurückgetreten war. Tokajew setzte sich mit knapp 71 Prozent der Wählerstimmen gegen andere Kandidaten durch. Die Wahlbeteiligung lag bei 77,4 Prozent. Die zentralasiatischen Republik Kasachstan ist sehr reich an Rohstoffreserven – in dem Land schlummern wertvolle Erdöl- und Erdgasfelder.



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images//32521/71/325217184.jpg>

Telegram-Kanal der Vertretung der DVR im GZKK: Wie bereits mitgeteilt wurde, haben die bewaffneten Formationen der Ukraine das Feuer vom **nördlichen Teil Sajzewos auf den südlichen Teil** dieser Ortschaft mit Granatwerfern und großkalibrigen Schusswaffen eröffnet. Infolge eines direkten Treffers entstand ein Brand am Haus in der Obrutschew-Straße 6. Durch glücklichen Zufall gab es keine Opfer.

de.sputniknews.com: „**Nicht von der Ukraine abhängig machen**“ – Experte fordert Ende der Sanktionen

Professor Wilfried Bergmann unterstützt die Forderung des sächsischen Ministerpräsidenten Kretschmer nach einer Aufhebung der Sanktionen gegen Russland. Man dürfe nicht alles von der Krim und der Ukraine abhängig machen, betonte der stellvertretende Vorsitzende des Vorstandes des Deutsch-Russischen Forums gegenüber Sputnik.

„Die Position des Deutsch-Russischen Forums ist bekannt: Wir halten von diesen Sanktionen relativ wenig. Kretschmer hat recht: Die Sanktionen sind zwecklos. Ich weiß, dass es innerhalb der CDU verschiedene Meinungen gibt. Es wäre vernünftig, wenn die Partei sich einmal zu einer einheitlichen Position durchringen würde“, betont Bergmann.

Er hält Beschuldigungen gegen Russland wegen der Krim und der Lage im Osten der Ukraine für unhaltbar. Wie beispielsweise von Seiten des außenpolitischen Sprechers der Unionsfraktion im Bundestag, Jürgen Hardt, der sich für eine Verlängerung der EU-Sanktionen um weitere sechs Monate ausgesprochen hat.

„Wenn man alles von der Situation auf der Krim und der Ukraine abhängig macht, dann bedeutet das eine Blockade in den Verhandlungen mit Russland. Wenn man drei Jahre keine Lösung gefunden hat, muss man versuchen, einen Ausweg aus dieser Sackgasse zu finden, und das geht nur über Gespräche und nur, wenn man die Sanktionen nicht mehr verlängert“, unterstrich Professor Bergmann.

Laut ihm gehören zu einem Streit um die Ukraine immer mehrere. Die Ukraine habe eigentlich bisher ihre Teile des Minsker Abkommens nur zum Teil oder überhaupt nicht umgesetzt, sagte er weiter.

„Ich meine, die Ukraine muss sich auch bewegen. Wahrscheinlich hat man keine Alternative, als dass sich nochmal die gesamte Runde zusammensetzt, also Russland, die Ukraine, Frankreich und Deutschland, um einen Ausweg aus der Situation zu finden“, schlägt der Experte vor.

Wilfried Bergmann unterstützt den sächsischen Ministerpräsidenten Kretschmer darin, dass es in den neuen Bundesländern eine „große positive Zugewandtheit zu Russland und zu seiner Bevölkerung“ gebe.

„In Deutschland ist die Mehrheit der Bevölkerung nicht der Meinung, dass die Sanktionen sinnvoll sind. In den neuen Bundesländern ist diese Stimmung besonders stark, das gilt sowohl für Sachsen, wie auch für Thüringen, Brandenburg und andere, die zur ehemaligen DDR gehörten, aber auch für Westen. Es ist nicht so, dass im Westen Deutschlands eine Mehrheit der Bevölkerung oder eine Mehrheit der Wirtschaft für die Sanktionen wäre. Die Politik muss sich in Deutschland in dieser Frage anders positionieren“, forderte Bergmann. Mit den nächsten Wahlen könne sich die Situation ändern, aber es bestehe die Gefahr eines Rechtsrucks in den neuen Bundesländern, warnt er. Das würde die Situation eher schwieriger machen als leichter. Von daher wäre es sinnvoll, wenn es zu einer Lösung käme - noch vor diesen Wahlen. Das sei nur dann erreichbar, wenn die Sanktionen nicht mehr weiter verlängert werden.

Sachsens Ministerpräsident Kretschmer hat sich am Wochenende für eine Aufhebung der Wirtschaftssanktionen gegen Russland ausgesprochen und damit eine Kontroverse ausgelöst. Bundesinnenminister Seehofer (CSU) hat eine Debatte über die unterschiedlichen Positionen zu Russland in den östlichen und westlichen Bundesländern 30 Jahre nach dem Fall der Mauer gefordert.

armiyadnr.su: Erklärung des offiziellen Vertreters der Leitung der Volksmiliz der DVR zur Lage am 12.06.2019

In den letzten 24 Stunden hat der Gegner **12-mal das Regime der Feueereinstellung verletzt**. Von Seiten der ukrainischen bewaffneten Formationen wurden die Gebiete von acht Ortschaften der Republik beschossen.

In **Richtung Gorlowka** haben Kämpfer der 53. Brigade unter Kommando des Kriegsverbrechers Poljakow **Dolomitnoje**, die **Siedlung des Isotow-Bergwerks** und **Sajzewo jushnoje** mit Mörsern der Kaliber 120 und 82mm, Schützenpanzerwaffen und Schusswaffen beschossen.

In **Richtung Donezk** haben Kämpfer aus der 93. Brigade unter Kommando des Verbrechers Bryshinskij **Jasinowataja**, **Wasiljewka**, **Spartak** und **Mineralnoje** mit Mörsern der Kaliber

120 und 82mm, Granatwerfern, Schützenpanzerwaffen und Schusswaffen beschossen. In **Richtung Mariupol** haben Kämpfer der 36. Brigade unter Kommando Gnatows **Sachanka** mit Granatwerfern und Schusswaffen beschossen.

In der 36. Brigade arbeitet zu den Fällen von Beschuss eine operative Gruppe der operativ-taktischen Gruppierung „Ost“. Es wurde entdeckt, dass das Brigadekommando die Lage in den ihm unterstellten Einheiten an der Front nicht beherrscht, das fehlende Kontrollsystem über das Personal hat zur Nichtdurchführung der Anweisungen des Kommandeurs der operativ-taktischen Gruppierung Sodal zur Einhaltung des Regimes der Feueinstellung geführt.

Infolge von chaotischem Beschuss des 501. Bataillons unter Führung des Kommandeurs Oberstleutnant Lipko war eine Gruppe der UN-Beobachtermission gezwungen, das Gebiet des Monitorings zu verlassen, da sie um ihr Leben fürchteten. Dieser Fall von grober Verletzung des Befehls und der Schaffung von Voraussetzungen für die Gefährdung des Lebens internationaler Beobachter wird gegenüber der Öffentlichkeit verheimlicht und von Sodal unter persönliche Kontrolle genommen.

Außerdem haben heute die ukrainischen Straftruppen das Feuer mit Granatwerfern und großkalibrigen Maschinengewehren auf ein Wohngebiet von Sajzewo eröffnet.

Infolge eines direkten Treffers geriet ein Haus in der Obrutschew-Straße 6 in Brand. Insgesamt hat der Gegner in den letzten 24 Stunden 103 Mörsergeschosse, davon 42 des Kalibers 120mm, auf das Territorium unserer Republik abgefeuert.

Alle Fälle von Beschuss von Ortschaften sind dokumentiert, die Materialien wurden Vertretern internationaler Organisationen, die sich in der Republik befinden, sowie der Generalstaatsanwaltschaft der DVR zur Aufnahme von Strafverfahren gegen die ukrainischen Kriegsverbrecher übergeben.

Den Widerhall der Präsidentschaft Poroschenkos werden einfache Ukrainer noch lange verspüren. Als er noch an der Regierung war, schloss er einem **Vertrag mit dem Energieministerium der USA über die Lagerung von atomaren Abfällen** auf dem Territorium der Ukraine ab, konkret im Oblast Suma. Für den Bau des Lagers gab die amerikanische Seite 100 Mio. Dollar aus, ein Teil der Mittel wurde erfolgreich von seinen Komplizen gestohlen und mit dem übrigen wurde eine für die vertraglich vereinbarte Menge unzureichende Zahl von Lagern gebaut.

Außerdem ist im Rahmen des Vertrags zur Gewährleistung eines zuverlässigen Lagerungsprozesses für die atomaren Abfälle die Lieferung stationärer Systeme der Strahlungskontrolle der ukrainischen Firma „WGI Global Inc“ vorgesehen. Ein Teil dieser Systeme wurde auch erfolgreich gestohlen, und die übrigen wurden nur an besonders wichtigen staatlichen und militärischen Objekten installiert. Ein Monitoring der Strahlenbelastung von Ortschaften, die in unmittelbarer Nähe der Lagerplätze liegen, wird derzeit nicht durchgeführt. So setzten die USA die Ukrainer mit Personen „dritter Klasse“ gleich und sind in der Nutzung der Ukraine als Rohstofflieferant sowie als Kolonie für die Lagerung von radioaktiven und chemischen Abfällen interessiert.

Die gestrige Entscheidung des Präsidenten der Ukraine Selenski, 15 Gouverneure zu entlassen, passt formal in den Rahmen seiner Versprechungen. Bereits vor seiner Inauguration kündigte er an, neue Leiter für die Subjekte auf Grundlage eines „offenen Wettbewerbs“ zu ernennen. Außerdem entschied er, die Leiter der Abteilungen des Sicherheitsdienstes der unabhängigen Ukraine in den Oblasten Winniza, Lwow, Odessa, Transkarpatien und Tschernowzy ihres Amtes zu entheben. Hauptursache der aufseherregenden Absetzungen ist, wie anzunehmen war, der der massenhafte Fluss von Schmuggelware, darunter auch Waffen auf dem Donbass, den die hochrangigen Mitarbeiter des SBU unter Kontrolle der Gouverneure betreuten. So tut Selenski alles, um die Komplizen der korrumpierten Regierung Poroschenko loszuwerden, wenn er auch den Krieg im Donbass nicht beenden konnte.

Ukrinform.ua: **EU-Botschafter beschließen Verlängerung von Krim-Sanktionen gegen Russland**

Die Botschafter bei der Europäischen Union haben am Mittwoch eine Entscheidung über die Verlängerung des Investitionsverbots auf der (von Russland besetzten – Red.) Krim um ein weiteres Jahr getroffen.

Das teilte der Korrespondent von Radio Free Europe/Radio Liberty in Brüssel Rikard Jozwiak auf Twitter mit. Der offizielle Beschluss werde in einigen Wochen erwartet.

Die EU-Sanktionen gegen Russland wurden im Juli 2014 wegen der Annexion der Krim und Destabilisierung der Lage in der Ostukraine verhängt. Im September 2014 wurden sie verschärft.

mil-Inr.info: **Erklärung des Offiziers des Pressedienstes der Volksmiliz der LVR I.M. Filiponko**

In den letzten 24 Stunden haben die ukrainischen bewaffneten Formationen **dreimal das Regime der Feueinstellung verletzt**.

In **Richtung Popasnaja** wurde auf Befehl des Kommandeurs der 54. mechanisierten Brigade des Kriegsverbrechers Majstrenko **Kalinowo** mit Granatwerfern beschossen.

In **Richtung Slawjanoserbsk** wurde auf Befehl des Kommandeurs der 14. mechanisierten Brigade des Kriegsverbrechers Wotschenko **Prischb** mit Granatwerfern, großkalibrigen Maschinengewehren und Schusswaffen beschossen.

Das Kommando der OOS sabotiert ein weiteres Mal die Friedensinitiativen der ukrainischen politischen Führung. In Ausführung einer Anweisung von General Syrskij bezüglich der Verhinderung der für den 16. Juni geplanten Trennung von Kräften und Mitteln hat der Kommandeur der 25. Luftlandebrigade der Kriegsverbrecher Sentschenko befohlen in Richtung Staniza Luganskaja das Gebiet am Denkmal des Fürsten Igor mit Schusswaffen zu beschießen.

Die Fälle von Beschuss der Ortschaften sind dokumentiert, die Materialien wurden an Vertreter der internationalen Organisationen, die sich in der Republik befinden übergeben, sowie an die Generalstaatsanwaltschaft der LVR zur Aufnahme von Strafverfahren gegen Brigadekommandeure der ukrainischen Streitkräfte.

Wir stellen weiter **Vorfälle in der „OOS“-Zone unter Beteiligung von betrunkenen Soldaten** der ukrainischen Streitkräfte fest.

Am 10. Juni haben Soldaten aus einer Einheit der 14. Brigade nach dem Trinken von Alkohol einen Wurfwettbewerb mit Granaten durchgeführt und dabei Kampfgranaten des Type RGD-5 verwendet. Bei dem sogenannten „Wettbewerb“ erlitt einer der Soldaten aufgrund der Missachtung elementarer Sicherheitsregeln Splitterverletzungen.

Der Brigadekommandeur Wojtschenko versucht, diesen Fall gegenüber dem übergeordneten Kommando zu verheimlichen. Allem Anschein nach wird dieser Soldat als in der Folge eines Beschusses von Seiten der Volksmiliz der LVR verletzt ausgegeben werden.

Im Zusammenhang mit den **sich häufenden Fällen von Vergiftung des Personals** ist in der Kommission der 25. Luftlandebrigade eine Kommission des Lebensmitteldienstes des Stabs der OOS eingetroffen. Die außerplanmäßige Kontrolle deckte auf, dass die Soldaten mit gestohlenen Lebensmitteln unbekannter Herkunft ernährt werden und dass die vom Verteidigungsministerium gelieferten Lebensmitteln nicht in den Lagern des Verbandes zu finden sind. Außerdem wurde ein nicht zufriedenstellender sanitärer Zustand an den Essenausgaben und Lebensmittellagern festgestellt.

In Bezug auf die entdeckten Verstöße werden Ermittlungen mit dem kommandierenden Personal durchgeführt, außerdem werden Materialien an den militärischen Rechtsordnungsdienst übergeben, um die Schuldigen am Diebstahl von Material zu ermitteln.

de.sputniknews.com: **China versichert: Zwietracht mit Russland unmöglich**

China und Russland pflegen bekanntlich enge freundschaftliche Beziehungen. Nun hat das Außenministerium in Peking klargestellt, dass jegliche Versuche, Zwietracht zwischen Russland und China zu stiften, von vornherein zum Scheitern verurteilt sind.

„Die Staatschefs beider Länder haben während des jüngsten Besuchs von Xi Jinping in Russland ihre Meinungen zu der aktuellen schwierigen und instabilen internationalen Lage ausgetauscht und einen wichtigen Konsens erzielt“, sagte Geng Shuang, der Sprecher des chinesischen Außenministeriums, am Mittwoch auf einer Pressekonferenz.

Putin und Xi vereinbarten laut Shuang, die strategische Partnerschaft allseitig zu stärken. Sie wollen sich unter anderem gemeinsam um die Schaffung einer „globalen offenen Wirtschaft“ bemühen.

„Jegliche Versuche, Zwietracht zwischen Russland und China zu provozieren, sind zum Scheitern verurteilt“, sagte der Sprecher weiter.

Zuvor hatte Xi Jinping den russischen Präsidenten Wladimir Putin als seinen „engsten Freund“ bezeichnet.



<https://cdnde2.img.sputniknews.com/images//32521/81/325218177.jpg>

Dan-news.info: **Im Zentrum von Donezk hat ein Umzug aus Anlass des Tages Russlands begonnen.**

Nach Einschätzung der Organisatoren nahmen daran etwa 10.000 Menschen teil.

Die Kolonne der Teilnehmer ging von der Krupskaja-Bibliothek zum Leninplatz, wo ein Festprogramm mit russischen Künstlern stattfindet. Die Menschen trugen Fahnen der RF und rufen „Donbass ist Russland!“, „Russland ist unser Zuhause“, „Wir wählen Russland“.

An der Kundgebung auf dem Lenin-Platz nahmen nach Angaben der Organisatoren 40.000 Menschen teil. Auf der Kundgebung sprach auch das Oberhaupt der DVR Denis Puschilin, der vorschlug, den Tag Russlands auch in der DVR zu einem offiziellen Feiertag zu machen.



https://dan-news.info/wp-content/uploads/2019/06/dan-news.info-2019-06-12_13-31-58_945875-dsc_4589-1024x682.jpg

de.sputniknews.com: **Skandal um Bolsonaros Justiz-Minister: Ex-Präsident gezielt hinter Gittern gebracht?**

In Brasilien haben Investigativ-Journalisten nach eigenen Angaben einen Skandal um den amtierenden Justizminister Sérgio Moro an die Öffentlichkeit gebracht. Demnach soll sich dieser mit Richtern verschworen haben, um den früheren Präsidenten Lula zu inhaftieren. Das Gefängnis verhinderte dessen Kandidatur.

Die brasilianische Investigativ-Plattform „The Intercept Brasil“ veröffentlichte am vergangenen Wochenende einen Text mit schweren Anschuldigungen gegen den aktuellen Justizminister des Landes. Dieser wehrt sich. Im Zentrum der Affäre steht der frühere Präsident Brasiliens, Luiz Inácio Lula da Silva.

Ex-Präsident Lula soll demnach „gezielt hinter Gitter gebracht worden sein, damit man ihn an der Kandidatur bei der Präsidentschaftswahl im Oktober 2018 hindern konnte.“ Lula regierte das südamerikanische Land von 2003 bis 2011 als Staatsoberhaupt. Bei der Präsidentschaftswahl wollte Lula antreten und damit den heutigen Präsidenten, Jair Bolsonaro, herausfordern.

Moro ermittelte seit März 2014 als zuständiger Ermittlungsrichter in einem der größten politischen Skandale Brasiliens, der „Operação Lava Jato“ (dt.: „Operation Autowäsche“), in der hochrangige Politiker und Geschäftsleute Brasiliens in Korruption und Bestechung verwickelt gewesen seien.

Bolsonaros Justizminister Moro sollte eigentlich aufklären – stattdessen missbrauchte er wohl seine Amtsmacht, um ex-Präsident Lula vor den Wahlen 2018 ins Gefängnis zu stecken. Um gleichzeitig auch einen politischen Rivalen aus dem Rennen zu kicken.

„Konkret geht es um eine Reihe von geleakten Handy-Konversationen zwischen Moro und den für die Causa Lula zuständigen Staatsanwälten“, kommentiert die Schweizer Zeitung „NZZ“ den Fall. „Laut den Berichten von ‚The Intercept‘ belegen sie, dass der damalige Richter unrechtmäßig mit diesen zusammengearbeitet hat, um eine Verurteilung des früheren Präsidenten (Lula, Anm. d. Red.) zu erleichtern. Moro soll dabei nicht nur Ermittlungen angeordnet, sondern auch die Strategie und Koordination des Vorgehens im Fall Lula beeinflusst haben.“

Die Nachricht habe „in Brasilien wie eine Bombe eingeschlagen“, so die Zürcher Zeitung. „Der nach wie vor populäre Lula sitzt seit April vergangenen Jahres im südbrasilianischen Curitiba in Haft. Er war im Zuge des Korruptionsskandals um den staatlich kontrollierten Erdölriesen Petrobras zu einer Strafe von acht Jahren und zehn Monaten verurteilt worden.“ Minister Moro beteuerte am Montag gegenüber Medien seine Unschuld. Die veröffentlichten Nachrichten würden kein unangemessenes Verhalten offenbaren, sagte er. Der Austausch zwischen Richter und Staatsanwälten entspreche einem normalen Vorgehen. Als „äußerst alarmierend“ befand er die Hackerangriffe auf die Handys, was er als kriminell bezeichnete. Brasiliens Vizepräsident Mourão sprach dem amtierenden Justizminister sein Vertrauen aus. Die geleakten Botschaften seien aus dem Zusammenhang gerissen, erklärte er. Seine Verurteilung hinderte Lula letztlich daran, bei den Präsidentschaftswahlen im Herbst 2018 anzutreten, was den Wahlsieg Bolsonaros begünstigte.



<https://cdnde2.img.sputniknews.com/images//32521/89/325218933.jpg>

Dnr-online.ru: Die Abgeordnete des Volkssowjets Jelena Schischkina berichtete über die Untätigkeit der derzeitigen ukrainischen Regierung.

„Am 11. Juni erschien Wladimir Selenski aufgrund einer Vorladung vor Gericht und unterstrich, dass zum ersten Mal in der gesamten Geschichte der Ukraine ein Präsident so handelt und ein gesetzestreuer Bürger ist, der das Gerichtssystem respektiert. Wenn man berücksichtigt, dass das Gerichtssystem der Ukraine sich seit den letzten fünf Jahren in einem katastrophalen Zustand befindet und als staatliches Institut faktisch nicht existiert und die verfassungsmäßigen Rechte der Bürger nicht eingehalten werden, sieht diese Erklärung populistisch aus.

Während der Regierung des neu gewählten Präsidenten hat sich die Politik des benachbarten Staates nicht verändert – der Beschuss geht weiter, die Blockade ist in Kraft und die Lage der Einwohner der Republik und der Ukraine verschlechtert sich. Außerdem fehlt leider eine Reaktion der Weltgemeinschaft auf die Untätigkeit des derzeitigen Präsidenten, in dessen Kompetenz es liegt, die bewaffnete Aggression von Seiten der Ukraine im Donbass zu beenden. Wladimir Selenski findet nicht die Kraft, sich mit den Vertretern der DVR an den Verhandlungstisch zu setzen und die Minsker Vereinbarungen einzuhalten. Alle Handlungen des derzeitigen Präsidenten widersprechen den Interessen der Bürger der DVR und der Ukraine“, sagte Jelena Schischkina.

abends:

Telegram-Kanal der Vertretung der DVR im GZKK: Wie schon mitgeteilt wurde, haben die

BFU heute um 16:30 Uhr das Feuer vom nördlichen Teil von Sajzewo in Richtung des südlichen Teils der Ortschaft eröffnet und acht Mörsersgeschosse des Kalibers 82mm sowie 29 Granaten mit automatischen Granatwerfern abgefeuert.

Infolge eines direkten Treffers wurde ein Haus in der Rybalko-Straße 214 beschädigt. Opfer unter der Zivilbevölkerung wurden bisher nicht festgestellt. Informationen über die Art des Schädens werden noch ermittelt.

de.sputniknews.com: **US-Regierung attackiert Nord Stream 2: „Wir haben riesige Mengen an Flüssiggas“**

Die US-Regierung erwägt neue Sanktionen, um den Bau der geplanten Ostsee-Gaspipeline Nord Stream 2 zu verhindern. Das teilte US-Präsident Donald Trump am Mittwoch mit.

„Das ist etwas, das ich mir angeschaut habe und worüber ich nachdenke“, sagte Trump am Mittwoch bei einem Treffen mit seinem polnischen Kollegen Andrzej Duda im Weißen Haus. Das Problem sei für die USA, dass ein Großteil der Energie aus Russland stamme.

„Daher schützen wir Deutschland vor Russland“, meinte Trump.

Dieser Schutz soll allerdings so aussehen, dass Deutschland eben das teurere Gas aus den USA einkaufen solle.

Russland erhalte nämlich Milliarden „Dollar aus Deutschland“. Dies müsse geändert werden, da es „etwas viel Besseres“ gebe, sagte er.

US-Energieminister Rick Perry hatte in diesem Zusammenhang bereits im Mai angekündigt, „in nicht allzu ferner Zukunft“ ein Gesetz vorzulegen, das Strafen gegen die an Nord Stream 2 beteiligten Unternehmen vorsehen werde.

Die US-Regierung hat wiederholt Kritik an dem Projekt geübt. Ihrer Auffassung nach macht sich Europa zu sehr von russischen Energielieferungen abhängig. Als Alternative wirbt Trump daher für amerikanisches Flüssiggas (LNG), das allerdings viel teurerer ist. ...



<https://cdnde2.img.sputniknews.com/images//32522/39/325223907.jpg>

Dan-news.info: **Die Erklärung Kiews über die Einnahme von Territorien im Westen von Donezk entspricht nicht der Wahrheit**, erklärte heute der stellvertretende Leiter der Volksmiliz Eduard Basurin.

„Dass die bewaffneten Formationen der Ukraine die Intensität des Beschusses verstärkt haben, das bestätige ich, es ist so. Ein Vordringen ihrerseits nach Marjinka gibt es nicht“, erklärte er.

Er unterstrich auch, dass die Soldaten der Volksmiliz der Republik weiter ihre Positionen einnehmen.

Zuvor hatte heute die ukrainische Seite erklärt, dass Kämpfer Kiews angeblich neue Positionen eingenommen hätten und in die Stadt Marjinka, die im Westen der Hauptstadt der

DVR liegt, Eindringen seien.

de.sputniknews.com: **Türkei kauft russisches Raketensystem S-400 – Erdogan stellt Liefertermin klar**

Die Türkei hat das russische Luftabwehrraketensystem vom Typ S-400 gekauft und nimmt dafür auch eine Verschlechterung der Beziehungen zum Nato-Partner USA in Kauf. Auch Drohungen aus Washington haben die türkische Regierung nicht umgestimmt.

Der türkische Präsident Recep Tayyip Erdogan hat am Mittwoch angekündigt, dass die russischen Raketenabwehrsysteme S-400 im Juli geliefert werden.

Damit haben also auch all die amerikanischen Drohungen Ankara von dem Kauf nicht abgehalten. Die USA hatten wegen dieses russisch-türkischen Rüstungsgeschäfts die Ausbildung türkischer Piloten am US-Kampfflugzeug F-35 gestoppt. Bereits früher wurde die Lieferung von Ausrüstung für die F-35 ausgesetzt. Die Regierung in Washington argumentierte damit, dass die Türkei nicht gleichzeitig S-400-Systeme aus Russland und F-35-Kampfflugzeuge des US-Rüstungskonzerns Lockheed Martin betreiben könne.

Auch auf diese US-Schritte ging Erdogan ein. Bei der Veranstaltung seiner AK-Partei sagte er, jeder werde zur Verantwortung gezogen, der die Türkei aus dem F-35-Programm ausschließen wolle.